

VSW will Subventionsabbau mit dem Rasenmäher

80 Milliarden Euro will die Regierung in den nächsten Jahren einsparen. Das geht nicht ohne Heulen und Zähneklappern. Doch die meisten haben die Zeichen der Zeit erkannt. Auch die Wirtschaft: Der VSW plädiert für den Abbau von unnötigen Subventionen.



Der CDU-Bundestagsabgeordnete Norbert Brackmann nahm Tipps der heimischen Wirtschaft mit nach Berlin. Links VSW-Chef Michael Voigt, rechts Vorstandskollege Henner Buhck. Foto: UNK

VON JOACHIM STRUNK

REINBEK – Aus vielen persönlichen Gesprächen heraus, so Michael Voigt, Vorstandsvorsitzender des Verbandes Südholsteinische Wirtschaft (VSW), habe er den Eindruck erhalten, dass die allermeisten Unternehmer, Geschäftsführer und Firmenchefs sich einig seien über die Notwendigkeit eines schnell umzusetzenden Sparprogramms.

Ein starker Sozialstaat wie die Bundesrepublik sei nur handlungsfähig, wenn sie auch finanziell unabhängig ist. Um aus dem Schuldenloch wieder herauszukommen, müsse man rigoros sparen. Auch die Wirtschaft sei bereit, ihren Anteil an dem Paket zu übernehmen.

Der sinnvollste Weg, so Voigt, sei der Abbau von Subventionen. Und damit man

nicht über den Sinn und Zweck einzelner Fördermaßnahmen in Streit gerate – „jedes Unternehmen, jede Branche hätte für sich bestimmt wichtige Argumente, die dafür sprächen, dass man weiter gefördert werden müsse“, so Henner Buhck vom VSW-Vorstand –, schlage man vor, „die Subventionen per Rasenmäher-Prinzip abzubauen“. Sprich: unabhängig vom Ansehen bestimmter Firmen oder Branchen solle die Förderung sukzessive eingekürzt werden. „Also zehn Prozent weniger im ersten Jahr, zwanzig im zweiten bis hundert Prozent im zehnten Jahr.“

Wichtig sei es, dass niemand den Eindruck haben müsse, das Sparen gehe allein zu seinen Lasten, oder bestimmte Firmen würden bevorzugt. „Es gibt sicher eine

Ausnahme“, so Voigt weiter. Das seien Ausgründungen etwa aus Hochschulen heraus, wo etwas Innovatives entstehe. „Wir sind ein rohstoffarmes Land, wir leben von unseren Ideen und der Kreativität.“ Das müsse – wenn auch zeitlich begrenzt – vorerst weiter unterstützt werden.

Norbert Brackmann, Gast des VSW am Dienstag in Reinbek, lobte den Vorstoß der heimischen Wirtschaft und nimmt den Vorschlag erfreut mit nach Berlin. Dort sitzt er seit Herbst 2009 als direkt gewählter Kandidat der CDU für den Wahlkreis Herzogtum Lauenburg/Stormarn Süd im Bundestag. Hier wiederum ist er Mitglied im Haushaltsausschuss. „Wir haben Anfang September eine Klausursitzung, in der besprochen werden soll, wie wir das Sparpaket der Bundesregierung

umsetzen können“, erzählt der gebürtige Lauenburger.

Der Subventionsabbau sei ein Bereich, wo man viel Geld einsparen könne. Immerhin sind in diesem Jahr noch 17,6 Milliarden Euro an Steuervergünstigungen und 6,8 Milliarden Euro für direkte Finanzhilfen im Haushalt vorgesehen. Ärgerlich seien für viele kleinere Unternehmen, dass „größere Konzerne Extrastabsstellen eingerichtet haben, um etwa EU-Subventionen abzugreifen“. Solch ein bürokratischer Aufwand sei für Mittelständler nicht machbar. Insofern käme es hier zu einer Wettbewerbsverzerrung zugunsten der Konzerne, die eine Förderung gar nicht nötig hätten.

Der VSW ist ein Zusammenschluss von 310 Unternehmen, die rund 30 000 Mitarbeiter beschäftigen.

Datum der Veröffentlichung: 15.07.2010

Medium: Lübecker Nachrichten

Auflage: 125.000

Autor: Joachim Strunk